

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

271 (17.11.1899) [No. 270] Mittagsblatt

**Anzeige:**  
Wöchentlich zwölf Mal.  
Abonnementspreis:  
Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.  
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.  
Vorauszahlung.

Redaktion und Expedition:  
Hirschstraße 9.  
Telephonanschluß Nr. 401.

# Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

**Anzeigegebühr:**  
Die 1spaltige Kolonelleiste oder deren Raum für 20 Zeilen 10 Pf., für 40 Zeilen 20 Pf., für 60 Zeilen 30 Pf., für 80 Zeilen 40 Pf., für 100 Zeilen 50 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

**Bemerkungen:**  
Unbenutzte gebildene Einserungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraranprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 270. Mittagsblatt.

Karlsruhe, Freitag, den 17. November

1899

## Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 17. November.

### Zum Ausfall der badischen Landtagswahlen

Schrieben vor den gestrigen Wahlen der Kandidaten die Kölner „Deutschen Stimmen“: „Als vor zwei Jahren die verbündete Opposition der Schwarzen und Roten über ihre Erfolge in ein helles Triumphgeschrei ausbrachen und insbesondere über die Erhebung der Reichsversammlung sich gänzlich laut freuten konnte, da schrieb man von nationalliberaler Seite: „Lasset die Gegner triumphieren und schreien, in zwei Jahren und in vier Jahren sind wir wieder da.“ Die liberale Partei hat Wort gehalten. Sie hat bewiesen, daß sie noch da ist, und die Gegner sind dem auch recht kleinlaut geworden. Vor zwei Jahren konnte der Centrumsführer mit einer gewissen Berechtigung behaupten, daß das Ziel, dessen Erreichung er den besten Teil seiner Gesundheit und Arbeitskraft gewidmet und für das er seine ganze Person eingesetzt habe, nahezu erreicht sei. Er hatte der liberalen Partei die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer entziffen. Aber heute? Es bleibt alles beim alten. Die verbündeten Gegner wollten eine Zweidrittelmehrheit erlangen, um dem Landesherren eine Regierung ihres Sinnes aufzudrängen. Die liberale Partei behauptet nach wie vor die relative Mehrheit, im ungünstigen Falle verliert sie einen Sitz. Und wie wurde gegen die Nationalliberalen gearbeitet! Das Centrum bot seinen ganzen Einfluß, man weiß, was das bedeutet, an. Man kennt die Mittel, mit denen auf die Männer und Frauen eingewirkt wird. Die Demokratie bediente sich der maßlosten Verhetzung und Verdächtigung. Greifen wir einmal aus der Reihe der Unwahrheiten, die da den Wählern aufgetischt wurden, eine, aber eine bezeichnende heraus. Der Führer dieser Volkspartei, ein unterrichteter und vielbeschäftigter Rechtsanwalt, gewinnt es über sich, im Tone der Entrüstung einer Versammlung auf dem Lande vorzutragen, daß der gegenwärtige Fürst von Fürstberg keine Erbschaftsteuer gezahlt habe. Natürlich sind die Nationalliberalen schuld, daß dem Lande einige Millionen entgangen sind. Daß die Regierung ohne jede Rücksicht von vornherein daran festhielt, daß die Steuer zu entrichten sei, daß ein Prozeß, der im ganzen Lande eine Zeitlang die Aufmerksamkeit auf sich zog, schließlich beim Verwaltungsgerichtshof gegen den Fürsten entschieden wurde, die Steuer also zu zahlen ist, wurde natürlich den Hören verschwiegen. Sollte der demokratische Rechtsanwalt und Parteiführer von diesem Prozeß gar nichts gehört haben? Wenn aber doch, wie sieht es dann mit der bloß sachlichen Polemik, die gerade von jener Seite so sanft und so warm anderen anempfohlen wird? Von der Sozialdemokratie erwartet man nichts anderes. Ob sie für sich kämpfte, oder dem Centrum Schergendienste leistete, sie erging sich in der üblichen Tonart. Es half alles nichts, auch das nicht, daß der Freisinn und der Antifemismus noch auf dem Plane erschienen. Also fünf gegen einen. Und doch bleibt die liberale Partei die stärkste in der Kammer. Freilich hat sie auch eine ungewöhnlich rege Tätigkeit im ganzen Lande entfaltet, auch in den Bezirken, wo unter den bestehenden Verhältnissen ein Erfolg ausgeschlossen war oder noch nicht gelingen konnte, ihre Stärke gezeigt oder der Zukunft vorgearbeitet. Sie hat der Demokratie, die sich in internationaler Friedensschwärmerie ergiebt, die ihren Männerstolz vor Königschronen beständig auf den Dicken trägt, aber vor jedem Stirnringseln des Herrn Wader sich verzieht, zwei Wahlkreise, Konstanz und Raftatt, entziffen, die die Demokratie für ganz sicher hielt. In Konstanz wurde die unheimlich-patrischste Persönlichkeit der Volkspartei mit Zweidrittelmehrheit geschlagen und ist auf der Straße gelieben. In Weinheim unterlag der antimilitärische Bewerber, der vor vier Jahren — wohl ein Unikum in der Geschichte der heutigen Parteigefänge — mit Hilfe des Freisinn durchdrang. Diesen drei gewonnenen Sitzen stehen nun freilich drei oder vier verlorene gegenüber. Die Verluste hätten sich zum Teil vermeiden lassen, wenn man in der Auswahl der Kandidaten glücklicher gewesen wäre. Es zeigt sich doch, daß die Selbstständigkeit der Wahlbezirke, die diese bei der Aufstellung der Bewerber in Anspruch nehmen, zuweilen der Korrektur bedarf. Vor zwei Jahren trug das Centrum noch eine gewisse Schen, sein intimes Verhältnis mit den Sozialdemokraten zuzugestehen, jedoch keine Blätter, wie z. B. die „Köln. Volksztg.“, dieses „unpittliche“ Wahlbündnis bestritten. Durch die lange Gewohnheit und wohl auch durch das Beispiel in Bayern ermutigt, hat man die Scheu abgelegt. Was man früher als eine Schand anfaß, die heimlich „zur Welt gebracht“, das ist gewachsen und „macht sich groß“ und geht „auch bei Tage bloß“. Die Sozialdemokraten haben denn auch allen Grund, zu triumphieren. Auch jetzt gilt, was vor zwei Jahren

von nationalliberaler Seite geschrieben wurde: „Ihnen jagen die sich noch bürgerlich nennenden Parteien aus blindem Haß gegen die Nationalliberalen die Mandate förmlich in die Hand.“ Der Centrumsführer giebt den Ton, die übrigen müssen folgen. Umso dringender ergibt sich für die staatsreue liberale Partei die Mahnung, in dem Kampf gegen den Ultramontanismus und gegen die Sozialdemokratie nicht zu erlahmen. In Baden hat sie unter den Parteien allein die heiligsten Güter der Denk- und Gewissensfreiheit gegen jene, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung gegen diese zu verteidigen. Die Stellung des Liberalismus, das läßt sich nicht verkennen, ist eine schwierige, aber keine aussichtslose. Kraft und Energie, Unabhängigkeit nach allen Seiten und Gerechtigkeit führen auch in ungünstigen Zeiten zum Ziele. Daß der Liberalismus in Baden von allen Parteien die stärksten Wurzeln im Volke hat, daß gegen ihn auch die mächtigste und rücksichtsloseste Verdrängerung nicht aufkommen kann, das ist das erfreulichste Ergebnis dieses Wahlkampfes gewesen.

### Eine sozialreformerische Mahnung an die sozialdemokratischen Arbeiter.

In einem Aufsatz, den der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Dr. C. Franke, in diesem Organ der fortgeschrittenen Sozialreformer zum Beginn der Reichstagsverhandlungen veröffentlicht, findet sich eine ernste Mahnung an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Mit nur zwei Worten klagt Franke über das mangelnde Verständnis, das die sozialdemokratischen Arbeiter einer starken und weitreichenden auswärtigen Politik entgegenbringen. Man schilt in diesen Kreisen, so führt Franke aus, über Weltmacht und Abenteuerlust, und in dem rastlosen Streben unserer Kaiser, das größere Deutschland, das deutsche Reich, deutsche Betriebsamkeit, deutscher Wagemut in fernem Landen aufgebaut haben, an die alte Heimat anzugliedern, die Ehre und das Ansehen Deutschlands im Auslande zu mehren und die Macht des Reiches allerorten zu stärken, sieht man ein gefährliches Beginnen. Man klagt über die steigenden Lasten für Heer und Flotte und unterschlägt sich selbst den Gewinn, den nationalen, wie den materiellen, den unser ganzes Volk aus diesen Bemühungen schon jetzt gezogen hat und — das ist unser heißer Wunsch — auch ferner erziehen wird. Wir wollen garnicht weiter von den eifrigeren Gütern reden, die eine starke auswärtige Politik der Nation schenkt, obwohl wir wohl wissen, daß auch in Millionen unserer Arbeiter die stolze Freude am Vaterlande, an der Ehre und Größe des Reiches kräftige Wurzeln hat, und hoffen, daß die erhebende, einigende Kraft patriotischer Ideale in schicksalsschweren Stunden wieder aufleben wird. Aber die materiellen Vorteile, um die sich dort auszuzeichnen, einer Politik, die überall Deutschlands Interessen schützt und erweitert, kommen doch auch wahrlich nicht zum mindesten den Massen zugute. Was ist, daß der Kapitalismus an Gold und Silber die größten Schätze einheimst. Aber auf welcher Stufe ständen unsere gewerblichen Arbeiter, wenn nicht das Deutsche Reich mit starker Hand den Frieden des Reiches drei Jahrzehnte gewahrt hätte, wenn die wirtschaftliche Ausdehnung nicht für dauernde Arbeitsgelegenheit sorgte? In den anderen großen Kulturstaaten, vor allem in England, aber auch in Frankreich und den Vereinigten Staaten, wird dieser innige Zusammenhang zwischen Reichsmacht und Volkswohlstand freudig verstanden. Hier findet eine große nationale Politik, die dem eigenen Volke den Platz an der Sonne sichert, einen festen Rückhalt in den Massen.“ — Franke zählte also auf, was in Deutschland geschehen ist, um die Massen dem Vaterlande innerlich wiedergzugewinnen: „Mit vollem Rechte darf sich das Deutsche Reich rühmen, auf diesem Gebiete große Taten vollbracht zu haben. Vor allem ist es unsere allgemeine Volksschule und die sich daranschließende Fortbildung, die eine intellektuelle Hebung der Massen in Deutschland bewirkt hat, wie in keinem andern Lande. Mögen die Mängel unserer Arbeiterversicherung im einzelnen noch so groß sein, kein Staat weist solche Leistungen der Fürsorge für Kranke, Verletzte, Invaliden und Greise auf, wie Deutschland. Und auch unser Arbeiterschutz, so unablässig wir immer auf Ausbau und Verbesserung dringen, kann sich neben der Gesetzgebung der übrigen Kulturstaaten sehr wohl sehen lassen. Wir erkennen diese Tatsachen umso bereitwilliger an, je mehr uns für gewöhnlich die Aufgabe der Kritik und des Drängens zufällt.“

### Deutsches Reich.

Flottenvorlage und Reichsverfassung. Die zu erwartende Flottenvorlage wird heute vom „Vorwärts“ mit der Reichs-

verfassung in einen Zusammenhang gebracht, der eine dreifache Verachtung des geltenden verfassungsmäßigen Rechtes ist. Das sozialdemokratische Centralorgan schreibt nämlich: „Der Reichstag, will er nicht zu einer verächtlichen Jagdmaschine sich herabwürdigen, wird dem persönlichen Regiment endlich die Spitze zu bieten, endlich einmal die Frage zur Entscheidung zu treiben haben, ob in Deutschland der Wille des Volkes das oberste Gesetz ist, oder ob das allgemeine Stimmrecht nur eine Täuschung des Volkes, nur eine Verbrämung des Absolutismus.“ — Auf die Finte, den eine Flottenverfälschung verwendenden Teil des Volkes für gleichbedeutend mit dem gesamten Volke auszugeben, brauchen wir nicht näher einzugehen. Aber der Anspruch, in Deutschland den Willen des Volkes ohne Rücksicht auf die Reichsverfassung ganz allgemein zum obersten Gesetz zu machen, bedarf der Beleuchtung. Ueber die Ausübung der Reichsgesetzgebung bestimmt Artikel 5 der Reichsverfassung: „Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der Reichsgesetzgebungsbeide Versammlungen ist zu einem Reichsgesetz erforderlich und ausreichend.“ Im Anschluß an die vorstehende Bestimmung der Reichsverfassung führt der Heidelberger Staatsrechtslehrer Georg Meyer in seinem „Lehrbuch des deutschen Staatsrechtes“ (5. Auflage, Leipzig, Dunder u. Humblot) u. a. das Nachstehende aus: „Wie im Einzelstaate der Monarch als Träger der Staatsgewalt, so erscheint im Reiche die Gesamtheit der verbündeten Regierungen als Träger der Reichsgewalt. Sie ist als der Inhaber der gesetzgebenden Befugnisse anzusehen, ihre Sanktion verleiht einer Norm den Charakter des Gesetzes. Die Gesamtheit der verbündeten Regierungen wird aber repräsentiert durch den Bundesrat. Die Sanktion der Gesetze erfolgt demnach durch einen Beschluß des Bundesrates. Die Zustimmung des Reichstages ist nur eine Vorbedingung, welche erfüllt sein muß, damit die Sanktion stattfinden kann. Auch ein vom Bundesrate an den Reichstag gelangter Gesetzentwurf, welcher von diesem unverändert genehmigt ist, bedarf, um Gesetz zu werden, einer nochmaligen Annahme seitens des Bundesrates. Der Kaiser ist kein selbständiger Faktor der Gesetzgebung; er kommt bei derselben nur in seiner Eigenschaft als König von Preußen und vertritt seine Stimmen im Bundesrate in Betracht. Ihm steht kein Recht der Sanktion der Reichsgesetze zu. Vielmehr hat er die Pflicht, die vom Bundesrat und Reichstag festgestellten Gesetze zu publizieren. Sowohl Bundesrat als Reichstag besitzen das Recht der Initiative. Der Reichstag hat die Befugnis, die Gesetzesvorlagen des Bundesrates zu amendieren und seine Zustimmung von der Annahme der Amendements abhängig zu machen. Der Bundesrat kann einen von ihm an den Reichstag gelangten Gesetzentwurf jeden Augenblick wieder zurückziehen. Auch einem vom Reichstag unverändert angenommenen Gesetzentwurf braucht er die Sanktion nicht zu erteilen.“

Aus diesem durchaus zutreffenden Kommentar zu Artikel 5 der Reichsverfassung und aus letzterem selbst geht aufs Klarste hervor, daß in Deutschland nicht der „Wille des Volkes“ allein und schließlich oberstes Gesetz ist, sondern daß die Gesetzgebung gemeinsam vom Volke und vom Bundesrate, der Repräsentation der verbündeten Regierungen, geübt wird. Wenn der „Vorwärts“, unbekümmert um eine derartigen grundlegenden Satz der Reichsverfassung den Anspruch erhebt, daß der „Wille des Volkes“ allein das oberste Gesetz in Deutschland sein soll, so stellt er sich außerhalb der Verfassung.

Die Korrektur des Reichstagsstenogramms. Die vielbesprochene, durch das Reichstagsbureau erfolgte Korrektur einer Bemerkung des Reichstagspräsidenten hat auch den Seniorentenonten beschäftigt. Der Präsident erklärte, daß nach seiner Ansicht die Angelegenheit durch die von ihm erteilte Rüge und durch die nachfolgende Richtigstellung der Korrektur erledigt sei; dem Haupte gegenüber trage er die Verantwortung für den Zwischenfall. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Bebel erklärte der Präsident ferner, daß die Anregung zur Änderung nicht von außen her erfolgt sei, sondern daß lediglich die unbedeutende Initiative des Reichstagsbureaus vorliege. Der Seniorentenont teilte die Auffassung des Präsidenten und hielt auch seinerseits die Angelegenheit damit für erledigt.

Felddienstdienst. Der Kaiser hat am Dienstag im Neuen Palais zu Potsdam den kommandierenden General des 16. Armeekorps, General der Kavallerie Graf v. Daele, empfangen, der sich als Vorsitzender der zur Umarbeitung der Felddienstdienstordnung eingesetzten Kommission meldete.

Die Reichstagswahlwahl im 9. badischen Wahlbezirk soll gegenwärtig im Reichstagsbureau erwogen werden. Der Wahltermin wird in kürzester Zeit bekannt gegeben werden und voraussichtlich in die ersten Wochen des nächsten Jahres fallen.

## Triebfand.

Roman von Karl Bulcke.

(28)

(Nachdruck verboten.)

Sie sah ihn einen Augenblick an, als wollte sie noch mehr sagen. Aber dann wandte sie sich ab und sah wieder in das Wasser. Von dem Verdeck schollen die Stimmen der Singenden herüber, die tiefen Stimmen der Männer und die hohen der Mädchen. Der kleine Dampfer hastete durch das Wasser, und am Himmel war die dunkle Rauchwolke erkennbar, die er hinter sich ließ.

Heinrich schwieg lange. Er überlegte, ob die Worte Marias deren wirkliche Ueberzeugung ausdrückten oder ob sie einen Widerspruch erwartete.

„Ich sag's Ihnen ein andermal, was mich quält, Maria,“ antwortete er tonlos. „Ich kann zu jedem Ihrer Worte nur Ja sagen, aber ich weiß nicht, ob ich damit das Richtige treffe. Am Mittwoch — bitte, Maria, — ich möchte Sie noch einmal sprechen. Wie damals um die Vesperzeit. Wollen Sie kommen?“

„Ja,“ hauchte sie.

„Und wenn Sie etwas gegen mich haben, einen Groll, eine Anklage, — sagen Sie's mir dann! Ich möchte nicht, daß Sie mich als Freigling verachten, weil ich gehe.“

Sie sah sich nach ihm plötzlich um und vergaß sich einen Augenblick. Ihre Augen leuchteten voll unglücklicher, mütterlich sorgender Liebe — sie sprachen eine ganze Geschichte. Aber es war nur ein Augenblick.

Sie hüllte sich fröstelnd in ihren Shawl und ging an ihm vorüber. „Kommen Sie,“ sagte sie, „man könnte uns vermischen.“

Ueber Wonneberg lag schon das Morgengrauen, als sie ankamen. Schlaftrunken stolperten die Leute nach Hause, und Gustav, dessen Augen auch mit unbezwinglicher Müdigkeit kämpften, schleppte ihnen die Sachen und Koffer mühselig hinterher.

Als am nächsten Morgen die Wirtin den Kaffee auf Heinrichs Zimmer brachte, fand sie ihren Mieter am Fenster sitzen, die Augen unverwandt auf die See gerichtet. Er erschraf, als sie eintrat. Sein Bett stand unberührt.

IX.

„Sie werden sich's noch überlegen,“ hatte der Amtsrichter gesagt und Heinrich auf die Schulter geklopft, als dieser ihm am anderen Tage andeutete, daß seine Stunden in Wonneberg gählt seien. „Ich kann Sie ja freilich nicht halten. Sie sind hier ein halbes Jahr praktisch thätig gewesen, und Sie können jetzt thun und lassen, was Ihnen gefällt. Aber Sie werden nicht gehen; ich weiß es ja. Bleiben Sie nur, ich will schon dafür sorgen, daß es Ihnen gut geht, und Sie werden sich pflegen. Wollen wohl in Berlin sich halbtot tanzen und dann reumütig wieder in die Enge zurückkehren? Daraus wird nichts — erlaub' ich nicht. Abgemacht, kein Wort weiter, und des Abends trinken wir ein Glas Grog zusammen.“

Damit war der Vorfall für den Amtsrichter erledigt. Er sprach nicht mehr über die Angelegenheit.

Und Heinrich saß vor seinem Schreibtische und arbeitete mit einem wahren Feuerer. Ja, am darauffolgenden Tage war er bereits um sieben Uhr im Bureau erschienen, wälzte seine Akten und Papiere, schrieb, ordnete und richtete, als ob er etwas fertigstellen, zu Ende bringen wollte. Und es hatte wirklich den Anschein, als ob er mit baldigst auszuführenden Reiseplänen umginge: Am Montag früh hatte er eine lange Unterredung mit seiner Wirtin gehabt, Koffer waren vom Boden in sein Zimmer geschafft, und den ganzen Abend saß er da und schrieb einen langen Brief nach dem andern, die er dann alle sorgfältig verschloß.

Es war Mittwoch nachmittag geworden. Vom Kirchthurm hatte es gerade sechs Uhr geschlagen, und der Amtsrichter verließ das Bureau, nicht ohne wie gewöhnlich Heinrichs Zeitungen mitgenommen zu haben. Heinrich arbeitete noch eine Viertel-

stunde mit fliegender Feder. Dann setzte er unter die Arbeit einen breiten Strich, klappete die Bücher zu und legte alles an Ort und Stelle. Schließlich rief er den Amtsdienner.

Derselbe trat mit seinen festen militärischen Schritten ins Zimmer und machte vor dem Referendar Front.

„Herr Referendar befehlen?“

„Hören Sie, Müller,“ sagte dieser, „es ist nicht ausgeschlossen, daß ich morgen hier nicht zur Stelle bin. Dann geben Sie dem Herrn Amtsrichter diesen Brief.“ Er zog ein kleines Paket aus der Tasche. „Und dann erbitten Sie sich für eine halbe Stunde Urlaub und geben diese übrigen Briefe an ihre Adressen ab, ohne ein Wort zu sagen. Hier. Und das hier“ — er nahm ein Zwanzigmarkstück aus der Tasche — „ist Ihr Botenlohn.“

Der Amtsdienner hielt die Briefe in der einen, das Geldstück in der andern Hand. Ihm ein Zwanzigmarkstück zu geben, und um ein paar Briefe zu überbringen! In seinem Gehirn arbeitete es gewaltig. Er wollte etwas sagen und wagte es nicht, die Worte auszusprechen, aus Furcht, dies alles könne ein Irrtum sein und bei seinen Worten wieder in ein Nichts verschwinden.

„Rechtsum kehrt, Marsch!“ kommandierte Heinrich. Der Amtsdienner ging willens und fast taumelnd aus dem Zimmer. Belustigt und doch etwas wehmütig sah Heinrich ihm nach.

Maria hatte schon auf ihn gewartet, als er im Balde erschien. Sie sah blaß und übermüdet aus. Heinrich hatte, wie gewöhnlich, die Büchse umgehängt und trug seine graue Ledersack und seinen grauen Filzhut.

„Guten Abend,“ sagte er ernst. „Maria, ich hab' eine Bitte: „Nenn' mich heut wieder „Du“ wie damals Willst Du?“

„Ja, ich will.“ Ihre Worte klangen teilnahmslos und müde. (Fortf. folgt.)





